

# Die Opfer sollen nicht zahlen

Auch das Tübinger Frauenhaus fordert eine Finanzierung durch den Bund

Ein Frauenhaus ist manchmal der einzige Ausweg, um vom schlagenden Ehemann weg zu kommen. Doch das Leben im Frauenhaus kann teuer sein. Wer vom Jobcenter nicht unterstützt wird, kann sich das Wohnen zum Beispiel im Tübinger Frauenhaus in der Regel nicht leisten. Der Trägerverein des Tübinger Frauenhauses hat sich deshalb einer bundesweiten Kampagne angeschlossen, mit der eine einheitliche Finanzierung gefordert wird.

SABINE LOHR

**Tübingen.** Wer ins Frauenhaus zieht, hat schon viel Leid hinter sich. Es sind Frauen, die von ihren Männern geschlagen wurden, die oft in der völligen Isolation lebten, die kein eigenes Einkommen haben. Ihre Situation ist so dramatisch, dass es besser ist, sie ziehen weit weg, damit der Mann sie nicht findet.

Die Frauen, die im Tübinger Frauenhaus fürs Erste eine Unterkunft finden, kommen deshalb meistens aus anderen Landkreisen oder sogar aus anderen Bundesländern. „Die Gefahr, hier in der Stadt Bekannten über den Weg zu laufen, ist einfach zu groß“, sagte Brigitta Kröhnert von „Frauen helfen Frauen“. Dieser Verein unterhält und betreibt das Frauenhaus in Tübingen. Wo es ist, ist zum Schutz der Frauen

geheim. Sechs Frauen beschäftigen der Verein. Vier davon kümmern sich im Frauenhaus um die Bewohnerinnen und deren Kinder. Neben der pädagogischen und beratenden Arbeit ist das vor allem viel, viel Papierkram. Eine Menge Anträge müssen gestellt werden – unter anderem der für die Finanzierung des Aufenthalts.

Keine Rechnung an die Frauen

Denn wer ins Frauenhaus zieht, muss dafür zahlen. Seit Januar 2006 gelten in Baden-Württemberg Tagessätze. Für eine Frau mit zwei Kindern kommen so rund 3000 Euro zusammen. Eine Summe, die keine der Bewohnerinnen zahlen könnte.

Möglich ist die Finanzierung nur, wenn die Frauen Arbeitslosengeld II beziehen. Dann übernimmt das Jobcenter die Tagesgebühren. Ist das nicht der Fall, kann die Frau Sozialhilfe beantragen und sich so die Kosten erstatten lassen. Doch nicht immer wird der Antrag bewilligt. In diesen Fällen fehlt dem Verein das Geld.

„Wir stellen den Frauen den Aufenthalt im Frauenhaus nicht in Rechnung“, sagt Brigitta Kröhnert, und Monica Jordan liefert die Begründung: „Wir finden es eine Zumutung, dass die Opfer von Gewalt für ihren Schutz auch

noch zahlen sollen.“ Erschwerend kommt dazu, dass jedes Bundesland andere Regeln hat. Nicht überall werden Tagessätze verlangt, und wo, da ist die Höhe unterschiedlich. Darum fragen die Beraterinnen in den meisten Frauenhäusern zuerst nach der Finanzierung, wenn eine Frau dort Hilfe sucht. Frauen, die selbst etwas verdienen, fallen damit aber durchs Raster: Ihnen hilft das Jobcenter nicht.

Auch das Tübinger Frauenhaus muss immer wieder Hilfesuchen- de ablehnen. Acht Zimmer hat es zur Verfügung, in sechs davon kann eine Frau mit ein oder mehreren Kindern unterkommen, die beiden anderen Zimmer sind für allein stehende Frauen. So kommt es immer wieder vor, dass eine Frau abgelehnt wird, weil kein passendes Zimmer leer steht. Sie muss sich dann anderswo nach einer Unterkunft in einem Frauenhaus umsehen. Das Haus in Tübingen ist meistens gut belegt. „Im vergangenen Jahr

**Hier kann man unterschreiben**

Die Kampagne „Schwere Wege leicht machen“ geht von den Frauenhäusern in Deutschland und ihren **bundesweiten Vernetzungsstellen** aus. Sie berufen sich auf eine Anhörung im vergangenen Dezem-

ber vor dem Familienausschuss des Bundestages. Dort seien sich alle Sachverständigen einig gewesen, dass die Hilfsangebote für von Gewalt betroffenen Frauen **nicht ausreichen**. Für die Kampagne

gibt es eine eigene Website ([www.schwere-wege-leicht-machen.de](http://www.schwere-wege-leicht-machen.de)), auf der es Informationen gibt und die Möglichkeit, sich online an der **Unterschriftensammlung** zu beteiligen.

Kampagne fordert unbürokratisch Schutz

Das aber lehne die Regierung bisher ab mit Hinweis auf den Länderföderalismus. Die Frauenhäuser in Deutschland haben deshalb nun die Kampagne „Schwere Wege leicht machen“ gestartet. Sie fordern, dass alle von Gewalt betroffenen Frauen und ihre Kinder schnell und unbürokratisch Schutz und Hilfe in einem Frauenhaus ihrer Wahl erhalten und dass alle Frauenhäuser vom Bund verlässlich und einheitlich finanziert werden.

haben insgesamt 41 Frauen und 45 Kinder bei uns gewohnt“, sagt Brigitta Kröhnert.

Sie und ihre Kollegin Monica Jordan finden, es müsse Sache des Bundes sein, die Frauenhäuser zu finanzieren – und zwar einheitlich.

Umlauf -> EK  
OK